

KREIS OTTWEILER
DIRMINGEN

„BREDERICHSWIESE“
FLUR 2,3,5,16
M.= 1:500

GEMEINDERATS BESCHLUSS V. 25.10.1956

GESEHEN UND ZUGESTIMMT:

REGIERUNG DES SAARLANDES
MINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE
ARBEITEN UND WIEDERAUFBAU-
LANDESPLANUNG.

TGB. NR. 506/504 SAARBRÜCKEN, DEN 29.3.1958

[Handwritten Signature]

OBERREGIERUNGS- UND BAURAT

KREISBAUAMT-PLANUNGSSTELLE

AUFGESTELLT, OTTWEILER, DEN 27. März 1958

[Handwritten Signature]
DIPL.-ING.



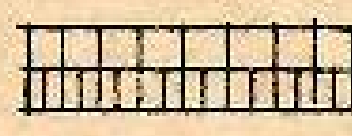








GESEHEN UND ZUGESTIMMT,
EPPELBORN, DEN.....195
DER AMTVORSTEHER ALS ORTS-
POLIZEIBEHÖRDE:

GESEHEN UND ZUGESTIMMT LAUT
GEMEINDERATS BESCHLUSS V.....195
DER BÜRGERMEISTER:

DIESER FLUCHTLINIENPLAN WIRD NACH-
DEM DERSELBE NACH VORHERIGER
ORTSÜBLICHER BEKANNTMACHUNG
IN DER ZEIT VOM.....195... BIS
.....195... ZU JEDERMANN'S EIN-
SICHT OFFENGELEGEN UND EIN-
WENDUNGEN NICHT ERHOBEN —
BEZW. BESEITIGT WORDEN SIND —
FORMLICH FESTGESTELLT.
DIRMINGEN, DEN.....195
DER BÜRGERMEISTER:

DIESER FLUCHTLINIENPLAN HAT NACH
ERFOLGTER FORMLICHER FESTSTEL-
LUNG UND ORTSÜBLICHER BEKANNT-
MACHUNG IN DER ZEIT VOM.....195
BIS.....195... ZU JEDERMANN'S EIN-
SICHT OFFENGELEGEN.
DIRMINGEN, DEN.....195
DER BÜRGERMEISTER:

ZEICHENERKLÄRUNG:

GEPLANTE STRASSEN	
BESTEHENDE STRASSEN U. WEGE	
GEPLANTE GEBÄUDE	
BESTEHENDE GEBÄUDE	
GEPLANTE GRUNDSTÜCKSGRENZEN	
BESTEH. GRUNDSTÜCKSGRENZEN	
VORDERE BAUFLUCHTLINIE	
RÜCKWÄRTIGE BAUFLUCHTLINIE	
RÜCKWÄRTIGE BEBAUUNGSFLÄCHE	
ENTWÄSSERUNG	
OFFENE BAUWEISE 1 GESCHOSSIG	W0 1
OFFENE BAUWEISE 2 GESCHOSSIG	W0 2
FLURGRENZE	

§ 10

Zwangsmittel

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Baupolizeiverordnung wird die Festsetzung eines Zwangsgeldes bis zu 125,00 DM, im Nichtbeitreibungsfalle die Festsetzung einer Zwangshaft bis zu drei Wochen, angedroht. Daneben bleibt der Landrat als Kreispolizeibehörde befugt, die Herstellung vorschriftsmäßiger Zustände auf Kosten des Zuwiderhandelnden herbeizuführen.

§ 11

Inkrafttreten

Vorstehende Baupolizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

St. Wendel, den 20. Juni 1961.

Der Amtsvorsteher
des Amtes St. Wendel-Land
als Ortspolizeibehörde
Mailänder

außer Kraft gesetzt
OVG SLS-A2: 2WS0/95

7/535 **Baupolizeiverordnung****über die Bebauung des Geländes „Brederichswiese“ Flur 2, 3, 5 und 16 der Gemarkung Dirmingen (Kreis Ottweiler)**

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes (PVG) vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) und der §§ 14 bis 16 des Gesetzes Nr. 471 – Baugesetz (BauG) – vom 19. Juli 1935 (Amtsbl. S. 1159 ff.), ferner der §§ 78 (4) mit 61, 72 (2), 72 (8), 87 (1), 96 (2), 72 (14) und 97 (12) des Baugesetzes und des § 63 der Verordnung über Garagen und Einstellplätze vom 17. Februar 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 219) wird nach Anhörung des Gemeinderates der Gemeinde Dirmingen mit Genehmigung des Ministers für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau für das unten näher bezeichnete Gebiet folgende Baupolizeiverordnung erlassen:

§ 1

Örtlicher Geltungsbereich

Die Grenzen des unter diese Verordnung fallenden örtlichen Geltungsbereiches sind folgende:

Im Norden: die Schulstraße;

im Osten: die Westgrenze der Parzelle 143 und die Nordgrenze der Parzelle 155 der Flur 3 sowie die Flurgrenze zwischen Flur 3 und Flur 5 der Gemarkung Dirmingen;

im Süden: die Nordgrenzen der Parzellen 792/502 und 495 sowie die Nordwestgrenze der Parzelle 450 der Flur 5 der Gemarkung Dirmingen;

im Westen: die Nordostgrenzen der Parzellen 438, 439, 600/440 und 601/440 sowie die Nordwestgrenze der Parzelle 501/440 der Flur 5 sowie die östlichen Grenzen der Parzellen 560 und 532/1 der Flur 16 der Gemarkung Dirmingen.

§ 2

Ausweisung des Baugebietes

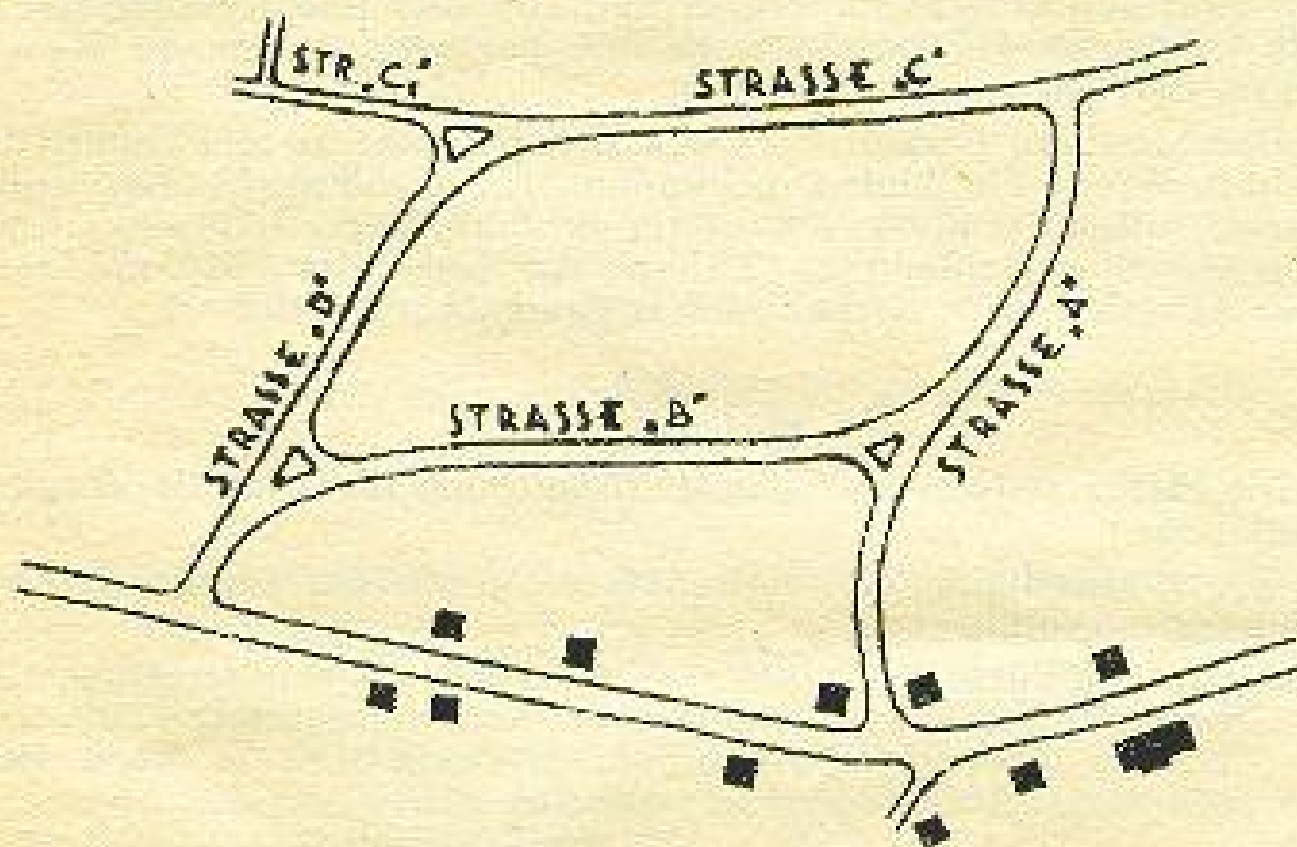
Das in § 1 abgegrenzte Gelände ist reines Wohngebiet.

§ 3

Bauweise, Geschößzahl, Dachneigung und Gebäudestellung

(1) In dem in § 1 abgegrenzten Gelände ist offene Bauweise vorgeschrieben.

(2) Straßenskizze:



(3) Das Gebiet ist wie folgt zu bebauen:

Straße „A“: Straßenwestseite: eingeschossige Einzelhäuser mit Kniestock, Satteldach, Dachneigung 40°, Giebelstellung;

Straßenostseite: zweigeschossige Einzelhäuser, Satteldach, Dachneigung 35°, Giebelstellung.

Straße „B“: Straßennordwestseite: zweigeschossige Doppelhäuser, Satteldach, Dachneigung 35°, Traufenstellung (Doppelhaus neben der Straße „A“ gestaffelt);

Straßensüdostseite: zweigeschossige Einzelhäuser, Satteldach, Dachneigung 35°, Traufenstellung.

Straße „C“: Straßennordwestseite: zwischen Straße „A“ und Straße „D“ zweigeschossige Doppelhäuser, Satteldach, Dachneigung 35°, Traufenstellung gestaffelt;

Straßensüdostseite: eingeschossige Einzelhäuser mit Kniestock, Satteldach, Dachneigung 40°, Traufenstellung;

Straßennordseite: (östlich der Straße „D“): eingeschossige Einzelhäuser mit Kniestock, Satteldach, Dachneigung 40°, Traufenstellung.

Straße „D“: Straßennordseite: eingeschossige Einzelhäuser mit Kniestock, Satteldach, Dachneigung 40°, Giebelstellung.

§ 4

Höhen

(1) Die Höhenlage jedes Gebäudes wird durch das Maß von Oberkante Erdgeschoßfußboden bis Straßenkante Mitte Haus bestimmt.

(2) Die Festlegung der Höhenlage der Gebäude erfolgt im Einzelfalle gemäß § 50 (4) BauG.

(3) Die Geschöshöhen werden wie folgt festgesetzt:

Kellergeschoß max.	2,40 m.
Erdgeschoß	2,75 m.
Obergeschoß	2,75 m.

(4) Die Höhe des Kniestockes bei den eingeschossigen Einzelhäusern, gemessen von Oberkante Dachgeschoßfußboden bis zur Traufe wird bei einem Sparrenüberstand von 0,40 m auf 0,65 m festgesetzt.

(5) Bei zweigeschossigen Gebäuden sind Kniestöcke nicht zugelassen, jedoch ist ein Dachüberstand von 0,40 m einzuhalten.

§ 5

Bauwich und Gestaltung des Einzelbaukörpers

(1) Die Bauwichbreite muß auf der Seite, auf der Garagen vorgesehen sind, mindestens 3,30 m betragen.

(2) Für Einzelhäuser sind Grundrisse im Verhältnis Breite (Giebelseite) zur Länge (Traufseite) von mindestens 1:1,15 m zu wählen, wobei die Gebäudebreite in den Grenzen zwischen 8,50 und 9,50 m zu halten ist.

(3) Bei Doppelhäusern wird die max. zulässige Gebäudebreite auf 10,50 m festgelegt.

(4) Doppelhäuser müssen gleiche Gebäudebreite und gleiche Trauf- und Firsthöhe erhalten; sie müssen in der äußeren Erscheinung eine Einheit bilden, auch hinsichtlich Dacheindeckung, Ausbildung der Dachüberstände, der Putzart und -farbe.

(5) Bei den eingeschossigen Gebäuden sind Dachgauben zugelassen; sie sind als Schleppgauben auszubilden und seitlich mit Holzverschalung einzuschalen; sie dürfen erst 0,50 m unterhalb des Dachfirstes beginnen.

(6) Frontgleiche Dachaufbauten sind nicht gestattet.

(7) Bei den zweigeschossigen Gebäuden sind Dachaufbauten nicht zugelassen.

(8) Aufstieblinge sind nicht zugelassen.

(9) Bei vorgezogenen Gebäudeteilen (Anbauten) an den Traufseiten ist die vorgeschriebene Dachneigung (§ 3 (3)) einzuhalten. Ein Vorziehen von Gebäudeteilen (Anbauten) über die zulässige Gebäudebreite (§ 5 (2) und (3)) hinaus ist nur gestattet, wenn diese Gebäudeteile (Anbauten) bis unter die Dachhaut des Hauptdaches hochgeführt werden und in die Dachsparren in der Verlängerung des Dachsparrens des Hauptdaches im gleichen Neigungswinkel (Abschleppung) ausgeführt werden.

(10) Der Gebäudesockel darf nicht vor dem Außenputz vorspringen.

(11) Das Verkleiden der Außenflächen mit Asbestzementplatten oder ähnlichem Material ist nicht gestattet.

(12) Massive Balkonbrüstungen sind nicht zugelassen.

(13) Der Ausbau des Dachraumes bei den zweigeschossigen Gebäuden zu einer selbständigen Wohnung ist nicht gestattet, jedoch können Dachkammern mit Giebelbelichtung eingebaut werden, sofern die in § 90 (6) BauG vorgeschriebenen lichten Raumhöhen nicht unterschritten werden.

§ 6

Garagen

(1) Plätze für Garagen sind für jedes Grundstück vorzusehen.

(2) Wenn Garagen gebaut werden, so sind dieselben bei den Doppelhäusern in der Regel zusammen mit der des Nachbarn unmittelbar an der Nachbargrenze zu errichten. Im übrigen gilt für die Einweisung im Einzelfall § 50 (4) BauG.

(3) Die Anordnung von Garagen in den Kellergeschossen der Wohngebäude ist nicht gestattet.

(4) Die Garagen sind mit

a) einer max. Höhe von 2,80 m;

b) einem Pultdach mit 6° Neigung zur Rückfront;

c) einer Wellasbestzement-Eindeckung Farbe grau (Natur) auszuführen.

[5] Zwei benachbarte Garagen müssen gleiche Trauf- und Firsthöhe erhalten. Sie müssen in der äußeren Erscheinung eine Einheit bilden, auch hinsichtlich Ausbildung der Gesimse sowie der Putzart und -farbe.

§ 7

Sonstige Nebengebäude

Kleintierställe, Schuppen und dergleichen sind im Anschluß an die Garagen, mit einer bebauten Fläche bis zu 20,00 qm zugelassen. Im übrigen gilt § 6 (4) und (5).

§ 8

Geländegestaltung und Sockelausbildung an der Straßenseite

(1) Das Gelände vor jedem Gebäude ist so zu gestalten, daß das Maß zwischen Oberkante Erdgeschoßfußboden und Gelände bei talwärts gelegenen Gebäuden höchstens 0,30 m, bei den bergwärts gelegenen Gebäuden höchstens 0,80 m beträgt.

(2) Bei talwärts gelegenen Gebäuden sind straßenseitig vor den Kellerfenstern Lichtschächte anzuordnen.

(3) Der sichtbare Sockel des Gebäudes ist nicht an die Höhe Oberkante Erdgeschoßfußboden gebunden.

(4) An Gebäuden, die verputzt werden sollen, ist die straßenseitig sichtbare Sockellinie etwa 0,30 m über fertigem Gelände zu ziehen.

§ 9

Einfriedigungen

(1) Die Fläche zwischen Straßensuchtlinie und Haus ist als Vorgarten anzulegen.

(2) Die Einfriedigung der Grundstücke gegen die Straßenfläche ist durch eine niedere Einfassung aus senkrecht gestellten Betonplatten, die die Oberkante des Bürgersteiges um 0,10 m überragen, auszu-

führen. Außerdem ist eine 0,80 m hohe Hecke hinter der Steinabgrenzung anzulegen.

(3) Pfeiler oder Stahlpfosten sind nur in einer Höhe von 1,00 m an den Eingängen und Einfahrten zugelassen.

(4) Die Einfriedigung zwischen benachbarten Grundstücken erfolgt zwischen Straße und vorderer Gebäude- bzw. Garagenflucht durch eine Heckenpflanzung in gleicher Höhe wie die Hecke der Straßenbegrenzung, im übrigen durch einen Maschendrahtzaun von 1,10 m Höhe.

Die Einfriedigung des Hofraumes bzw. des rückwärtigen Gartens ist in Höhe der vorderen Flucht der Garagen auf gleiche Höhe mit der des Nachbarn als Spritzelzaun von 1,10 m Höhe auszuführen.

§ 10

Zwangsmittel

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Baupolizeiverordnung wird die Festsetzung eines Zwangsgeldes bis zu 125,— DM, im Nichtbeurteilungsfalle die Festsetzung einer Zwangshaft bis zu drei Wochen angedroht.

Daneben bleibt der Landrat als Kreispolizeibehörde befugt, die Herstellung vorschriftsmäßiger Zustände auf Kosten des Zuwiderhandelnden herbeizuführen.

§ 11

Inkrafttreten

Vorstehende Baupolizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Eppelborn, den 12. Juni 1961.

Der Amtsvorsteher
als Ortspolizeibehörde
Groß

8/556

Baupolizeiverordnung**für das Gelände „Theelwiesen“, I. Bauabschnitt in Lebach**

Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes (PVG) vom 1. Juni 1931 (GS. S. 77) und der §§ 14 bis 16 des Gesetzes Nr. 471 — Baugesetz (BauG) — vom 19. Juli 1955 (Amtsbl. S. 1159 ff.), ferner der §§ 78 (4), mit 61, 72, (2), 73 (2), 98 (2), 87 (1), 72 (14), 73 (5) und 97 (12) des Baugesetzes und des § 63 der Verordnung über Garagen und Einstellplätze vom 17. Februar 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 219) wird nach Anhörung der Gemeinde Lebach mit Genehmigung des Ministers für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau für das unten näher bezeichnete Gebiet der Gemarkung Lebach, Flur 1 und 3, folgende Baupolizeiverordnung erlassen:

§ 1

Örtlicher Geltungsbereich

Die Grenzen des unter diese Verordnung fallenden örtlichen Geltungsbereiches sind folgende:

Im Norden: Die nördlichen Parzellengrenzen der Parzellen Nr. 102/18, 69/1, 71, 80, 81 und 395/82, die östlichen Parzellengrenzen der Parzellen Nr. 98/1, 98/15 und 91/7 (alle Parzellen Flur 1 der Gemarkung Lebach), bis zu einem Abstand von 40,00 m zur Mottenerstraße. Von da ab bildet die Begrenzung eine südliche Parallele im Abstand von 40,00 m zur Mottenerstraße in östlicher Richtung.

Im Osten: Eine westliche parallele Linie im Abstand von 25,00 m zur Marktstraße.

Im Süden: Die geplante Umgehungsstraße (B 268).

Im Westen: Die östliche Parzellengrenze der Parzelle Nr. 607/68, die westliche Parzellengrenze der Parzelle Nr. 102/18, beide Flur 1 der Gemarkung Lebach.

§ 2

Ausweisung des Baugebietes

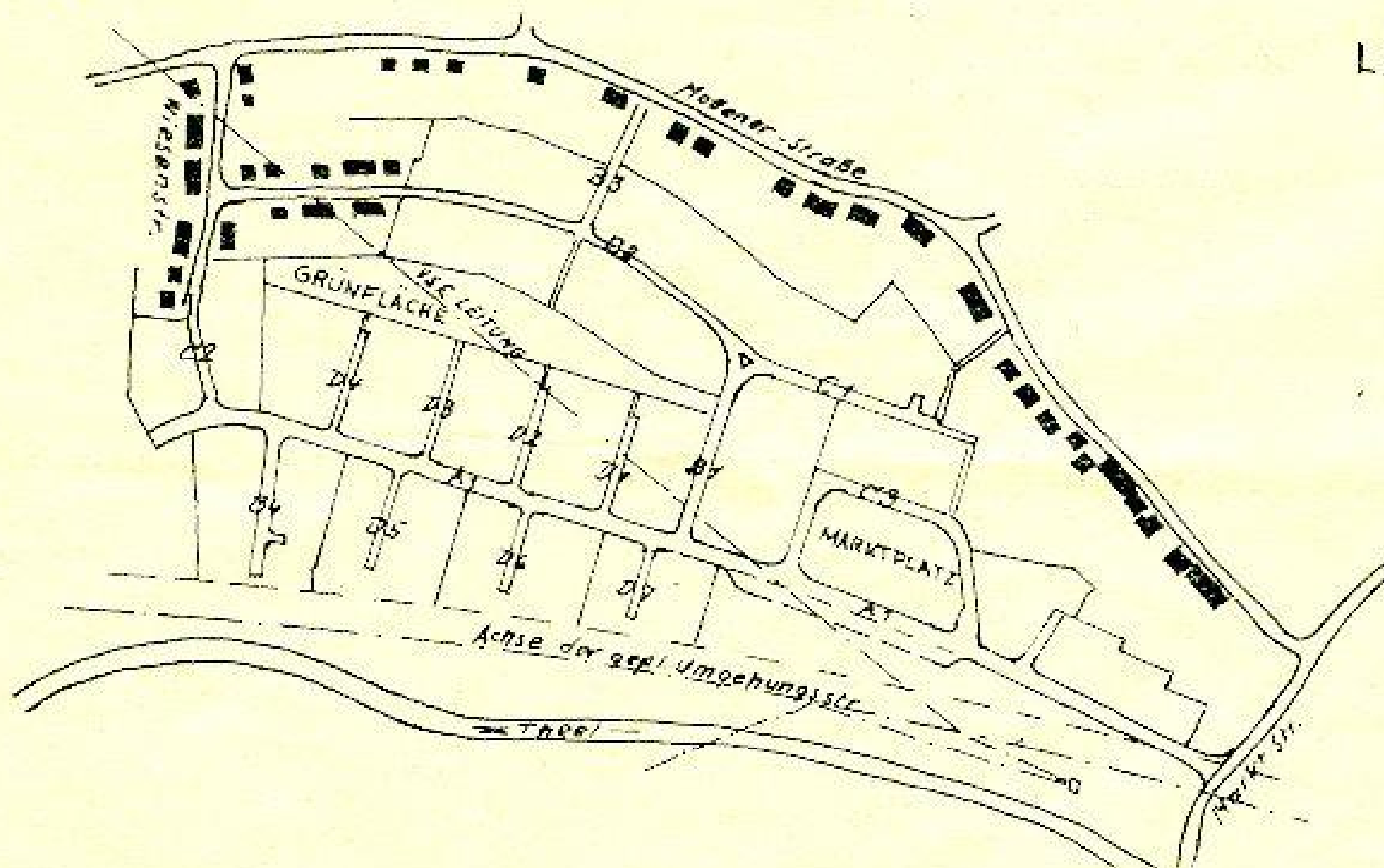
Das in § 1 abgegrenzte Gelände ist reines Wohngebiet, ausgenommen die Bebauung auf der Nord-, Ost- und Südseite des geplanten Marktplatzes. Dieses Gebiet wird als Geschäftsgebiet ausgewiesen. Die Westseite des Marktplatzes wird als Sonderbaugebiet für das geplante Rathaus ausgewiesen.

§ 3

Bauweise, Geschosßzahl, Dachneigung und Gebäudestellung

(1) In dem in § 1 abgegrenzten Gelände ist für die Straßen A1, B1, C3, D1, D2, D3 und D4 nur halboffene und für die übrigen Straßen nur die offene Bauweise zugelassen.

(2) Straßenskizze:



LEBACH